

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Ernsthaft, unaufgeregt und ohne populistische Äußerungen

Nr. 389.16 / 14.09.2016

Zum Bericht des Innenministers im heutigen Innen- und Rechtsausschuss zu den aktuellen Antiterrorereinsätzen und der Sicherheitslage im Land sagt die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Eka von Kalben**:

Der Bericht des Innenministers, der die Ereignisse um die Verhaftung dreier islamistischer Terrorverdächtiger heute noch einmal zusammengefasst hat, bestätigt, dass unsere Sicherheitsbehörden gute Arbeit geleistet haben und der Bedrohungslage gerecht werden. Unser Dank und Respekt gilt daneben aber auch denjenigen, die sich jetzt vor Ort um die Menschen kümmern, die mit den Terrorverdächtigen zusammengelebt haben.

Die gute Arbeit im Sicherheitsbereich wird fortgeführt werden. Optimierungen im Bereich der technischen Ausstattung und des Informationsaustauschs, vor allem bei unserer Landespolizei, befinden sich im ständigen Vollzug, weitere mögliche Verbesserungen werden geprüft. Wir werden alle sinnvollen Maßnahmen unterstützen, die für die Sicherheit in Schleswig-Holstein nötig sind.

Darüber hinaus sollten wir uns aber vorrangig auf Präventionsmaßnahmen und die Mittel konzentrieren, mit denen wir Radikalisierung erkennen und entgegenwirken können. Hier müssen wir in Flüchtlingsunterkünften ansetzen, ebenso wie in Schulen und anderen gemeinschaftlichen Einrichtungen. Nur so können wir der Gefahr nachhaltig entgegenwirken. Auch in diesem Bereich hat die Landesregierung bereits verschiedene Programme aufgelegt oder in Vorbereitung.

Unsere Gesellschaft und die Politik müssen jetzt vor allem Besonnenheit zeigen. Für RechtspopulistInnen ist so eine Nachricht natürlich ein gefundenes Fressen. Doch solche Geschehnisse zum Anlass zu nehmen, Bürgerrechte einzuschränken oder gar unsere prinzipielle Öffnung für die Aufnahme von Flüchtlingen in Frage zu stellen, das wäre ein großer Fehler. Das wäre genau das, was TerroristInnen erreichen wollen. Unsere

freie und offene Gesellschaft ist deren Feindbild.

Die heutige Befassung im Innen- und Rechtsausschuss dagegen war typisch für unser Land: Ernsthaft, unaufgeregt und ohne populistische Äußerungen.
